

30.08.12 Wenn Windstrom nicht fließt, soll der Bürger haften

Berlin. Die deutschen Stromverbraucher werden künftig an den Zusatzkosten beteiligt, wenn es Anschlussprobleme bei den Windparks in Nord- und Ostsee gibt. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Es geht vor allem um mögliche Schadenersatzforderungen von Windkraftbetreibern, wenn der nötige Netzausbau wie derzeit stockt. Intern werden in Regierungskreisen im schlimmsten Fall Mehrkosten von bis zu einer Milliarde Euro nicht ausgeschlossen. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sagte dagegen, "unter dem Strich" sei nicht mit einem höheren Strompreis zu rechnen.

Die Belastungen sollen auf 0,25 Cent je Kilowattstunde gedeckelt werden, sodass sie für einen Durchschnittshaushalt nicht mehr als neun Euro pro Jahr betragen. Außerdem werden Netzbetreiber in Mithaftung genommen, sie müssen sich bei fahrlässigem Verhalten mit bis zu 100 Millionen Euro jährlich an Schadenersatzzahlungen beteiligen. Bis 2020 sollen Windkraftanlagen mit einer Leistung von bis zu 10 000 Megawatt in Nord- und Ostsee installiert werden, doch das Ziel ist kaum noch zu halten. Dem Netzbetreiber Tennet fehlen bis zu 15 Milliarden Euro für den Anschluss von Windparks.

Die Regierung will mit den Beschlüssen für eine Beschleunigung des Netzausbaus sorgen. Verbraucherschützer kritisierten, dass die Risiken bei den Offshore-Plänen auf die Bürger abgewälzt werden.

(HA)

